

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

103 (21.8.1948)

ktion
li
zone hat
teilt, teil
strie mit
über dem
Fabriken
im ein-
Personen
erwagen
se (5), 13
schlepp
ist ge-
ut 134.

ist nicht
nobilitu-
haben in
hrungs-
stehende
stellweise
von Halb-
gebessert
sieren und
hoch Eng-
reuzg-
die stel-
eie pro-
indus-
fzmann-
n, am 11.
h, Mann-
mannheim-
Weber,
lsruhe.

Karlsruhe,
Div. 1845
Br., Ravens-
sellschaft,
Ettlingen,
3. Mann-
abrik AG,
1945, 1946
regierungs-
Schrift-
und
USA (Kriegs-
Assoziiert)
TNS
Rückseite
wird
n.

bl. (Haupt-
1000) BNN.
Manasse
3.2. Weib
1947 BNN
-Wohnung
3.2.2.
2. 2. u.
Bad, West-
1. Rupp.
1922 BNN
ung m. ab-
n. ab-
eg. 3-2-2.
mit Bad,
an BNN.
1947 BNN
1947 BNN
Nah
h. T. mögl.
1945 BNN
n. Stadtpark
1947 BNN
Zubehör
erger, 95
M. 95
1945 BNN
-Kartell
im Ham-
3-4-2.
1947 BNN

etter jett
Badener
körper
1947 BNN
n, Ko-
n, Oles

agen
aller Art
tität bei
CK
de 30.
n. tatte.

che
5
relie



BEWEGTE NACHRICHTEN

Preistreibergesetz angenommen

Frankfurt a. M., 20. Aug. (sch-Eigenbericht) Der Wirtschaftsrat hat in seiner Donnerstagssitzung das Gesetz gegen Preistreiberei mit 42 Stimmen bei 47 Stimmenthalten angenommen. Für die Vorlage stimmten die Abgeordneten der CDU, CSU, DP, der FDP und WAV, während die SPD und KPD der Stimme enthielten. Der Abstimmung ging eine stundenlange scharfe Debatte voraus, in der die Linke vor allem die schwache juristische Formulierung der Vorlage beanstandete. Auf Vorschlag des Leiters des Rechtsausschusses, Dr. Strauß, wurde dann an Stelle eines „offenbar überhöhten Preises“ ein „der Marktlage angemessener Preis“ gesetzt. Auch mit dieser Umformulierung gab sich die SPD nicht zufrieden und Abgeordneter Alwein (SPD) verlangte, das „in exakter Form gesagt werden müsse, was unter Strafe gestellt werden soll.“ Das Gesetz sei in der vorgelegten Form ein getreuer Spiegel der gefährlichen Gegensätze, die sich zwischen der freien Wirtschaft und ihrer staatlich gelenkten Gegenstücke ergeben hätten. Professor Erhard habe den Blick für die tatsächlichen Bedürfnisse des Volkes verloren und nun volljährige die Rechte um dieses Gesetz einen Eiertanz der den Sprünge auf dem Eiermarkt gleiche. Unter umgekehrten Vorzeichen stand die

Diskussion über das vom Länderrat zurückgewiesene Gewerbezulassungsgesetz. Hier spielten sich die Sprecher der SPD als Befürworter einer uneingeschränkten Gewerbefreiheit auf, während diesmal aus den Reihen der CDU Vorbehalte kamen, um unzuverlässige Elemente aus dem Gewerbe fernzuhalten. Da aber der Länderrat es versäumt hatte, seinem Veto einen Änderungsantrag beizulegen, wurde schließlich nur das Veto an sich zur Abstimmung gestellt und mit 62:24 Stimmen überwunden, so daß also das Gewerbezulassungsgesetz in seiner ursprünglich verabschiedeten Form gültig wird. Staatssekretär Dr. Strauß beantwortete eine Anfrage nach dem Stand des Gewerbebeschränkungs im Ausland dahingehend, daß im Herbst auf einem internationalen Kongreß in London über eine einheitliche Behandlung der deutschen Auslandswarenzeichen Beschluß gefaßt werden soll. Das Plenum beschloß dann gegen drei Stimmen der KPD die Errichtung eines Rechnungshofes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Wie Dena meldet, wählte der Wirtschaftsrat in seiner Freitagssitzung Anton Storch (CDU) zum Direktor der Verwaltung für Arbeit.

Stimme der Vernunft

London, 20. Aug. (AP) Das vielgelesene Blatt „Daily Mirror“ fordert am Donnerstag in einem langen Leitartikel unter der Überschrift „Der Weg zum Frieden“ die großen Vies auf Deutschland wieder einzuwickeln zu lassen. In dem Artikel heißt es: „Wir täten besser daran, wenn wir Jalta und Potsdam vergäßen. Auf diesen Konferenzen hat man die Idee geschaffen, daß Deutschland als Vierzonenstaat mit einer einzigen einheitlichen Leitung in Berlin verwaltet werden könnte. Diese Idee läßt sich nicht verwirklichen. Aus diesem Grunde haben Amerika, England und Frankreich den Zusammenschluß ihrer drei Zonen versucht.“

Vor dem entscheidenden Ende

Moskau, 20. Aug. (AP) Die drei Vertreter der Westmächte in Moskau trafen am Freitag Vorbereitungen zu einer der wichtigsten Viernächte-Besprechungen der gegenwärtigen Moskauer Verhandlungen, wie sie ein unterrichteter Gewährsmann berichtete. Wie es heißt, sollen die Botschafter — Frank Roberts, England, Walter Bedell Smith, Amerika, und Ives Chataigneau, Frankreich — bereits neue Instruktionen von ihren Regierungen erhalten haben. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen sich ihrem Ende nähern, ganz gleich, wie die Entwicklung weiter verläuft. Dena meldet: Die diplomatischen Vertreter der Westmächte in Moskau führten laut Reuter am Freitag, entgegen den Vermutungen diplomatischer Kreise, keine Besprechungen mit Außenminister Molotow.

USA-Erklärung zur Donaukonvention

Washington, 20. Aug. (AP) Das amerikanische State Department griff am Mittwoch die neue unter russischem Diktat entstandene Donaukonvention als Beweis dafür an, daß Moskau mit der Verkleinerung seiner östlichen Trabantstaaten fortfahren will. Das State Department betont in seiner außerordentlich scharfen Erklärung, die neue Konvention sei nach russischem Entwurf von der Sowjetunion mit Unterstützung seiner Marionettenstaaten zwangsweise eingeführt worden und legalisiere ihre Monopolstellung in der Donauschiffahrt. Die Erklärung heißt es, das Verhalten der sowjetischen Delegation habe den Beweis erbracht, daß die Sowjetunion entschlossen ist, ihre wirtschaftliche und politische Versklavung der Donauvölker in alle Zukunft fortzusetzen. Die Sowjetunion habe durch ihr Verhalten auf dieser Konferenz eines der Hauptziele für den Ost-West-Handel geschlossen. Die schönen Redensarten der sowjetischen Delegation über die „Freiheit der Schifffahrt“ seien nur eine Spiegelreflexion ohne jeglichen Inhalt. Das State Department macht darauf aufmerksam, daß die USA die Anerkennung der Autorität irgendeiner Kommission, die zur Durchführung des neuen Donauschiffahrtskontrollapparates dienen soll, verweigern werde. Diese Politik werde für die unter amerikanischer Kontrolle stehenden Teile Österreichs und Deutschlands gelten. Das State Department machte gegen die Donaukonvention u. a. folgende Einwände: Sie nimmt England, Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien und Deutschland ihre Anrechte, die sie nach lange geltenden Verträgen erworben hatten. Die USA betrachten diese Verträge solange als in Kraft befindlich, bis sie durch Vereinbarung aller interessierten Mächte ungültig geworden sind; der Sowjetblock hat die lebenswichtigen Interessen Deutschlands und Österreichs an der Donau mißachtet. Aus Kreisen des Quai d'Orsay in Paris verläutete am Donnerstag, Frankreich würde voraussichtlich die Donaufrage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag bringen. Diese Instanz sollte gegebenenfalls über den Fall entscheiden, ob die Donaukonvention von 1921 noch in Kraft ist oder nicht.

Der „Fall“ der Frau Kosenkina

Washington, 20. Aug. (AP) Das Außenministerium gab am Donnerstag eine formelle Erklärung ab, die besagt, daß die russische Lehrerin Oksana Kosenkina die Kontrolle der Sowjetregierung entzogen ist, solange sie in den USA bleibt. Diese Erklärung war in einem Brief des juristischen Beraters von Außenminister Marshall, Ernest A. Gross, an Samuel Dickstein, den Richter des Obersten Gerichtshofes des Staates New York, enthalten. Die Regierung der Vereinigten Staaten lehnte am Donnerstag die sowjetischen Forderungen und Proteste im Zusammenhang mit der Affäre der russischen Lehrerin ab. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird, die in den Vereinigten Staaten Zuflucht gesucht haben, ab. Die USA-Note, die auf die Noten antwortet, die von Außenminister Molotow und dem sowjetischen Botschafter Alexander Panuschkin dem State Department übermittelt wurden, ist der russischen Botschaft in Washington zugestellt worden. Rückberufung Lomakins gefordert Washington, 20. Aug. (Dena-Reuter) Die amerikanische Regierung hat am Donnerstag dem sowjetischen Generalkonsul in New York, Jakob Lomakin, die Beglaubigungsschreiben und forderte wegen seiner Haltung im Fall Kosenkina seine Rückberufung nach Moskau. Das Außenministerium gab dazu bekannt, daß Lomakin sich des Mißbrauchs in seiner Stellung ergebenden Rechte schuldig gemacht und die für das Verhalten ausländischer Beamter international anerkannten Richtlinien verletzt habe. Die schwedische „Kosenkina“ Stockholm, 20. Aug. (Dena) Die 19jährige Sowjetrussin Lyda Kaprowa, die vor vier Jahren aus der Sowjetunion entflohen und durch eine schwedische Behörde zum Rückkehr in die UdSSR gezwungen werden soll, erklärte in einem INS-Interview, ein Angestellter der sowjetischen Botschaft in Stockholm habe versucht, in das Haus einzudringen, in dem sie wohnte, um sie zu entführen. Das schwedische Außenministerium hat, wie sie erklärte, die sowjetische Botschaft unterrichtet, daß sie in Schweden bleiben wird. Sie beachtet nicht, in die UdSSR zurückzukehren, solange dort die Kommunisten herrschen.

Schwarzmarkt-Razzia mit Schießerei

Berlin, 20. Aug. (Dena) Bei einer von der Markgraf-Polizei am Donnerstag nachmittags durchgeführten Razzia gegen den Schwarzmarkt an der Dreiseckerecke am Potsdamer Platz wurden wenigstens vier Personen verletzt, als Polizisten in die fliehende Menschenmenge feuerten. Gegen 18.30 Uhr erschienen vom Sowjetsektor her die Markgraf-Polizisten und gingen sofort mit Gummiknüppeln gegen die auf dem Potsdamer Platz herumstehenden Schwarzhändler vor. Als die Menschenmenge in den britischen und amerikanischen Sektor floh, wurde sie auch dorthin von der Markgraf-Polizei verfolgt. Die Polizisten wurden hierauf mit Steinen und sonstigen Gegenständen beworfen. Daraufhin feuerten die Ostpolizisten in die gedrängt stehenden Menschenmassen. Etwa eine Viertelstunde nach Beginn dieser Razzia erschienen Beamte der Stumm-Polizei am Potsdamer Platz und versuchten, die angesammelte Menschenmenge, unter der sich nicht nur Schwarzhändler, sondern auch viele Straßenspatzen befanden, zu zerstreuen. Die Ostpolizei zog sich darauf in ihren Sektor zurück. Gegen 18.45 Uhr traf britische und amerikanische Militärpolizei am Potsdamer Platz ein und versuchte ebenfalls, die inzwischen zu mehreren tausend Personen angewachsene Menschenmenge in die benachbarten Straßen abzuräumen. Trotzdem wurde ein von Gebäude der Konsumgenossenschaft im sowjetischen Sektor kommender Propagandatrapp von Menge angegriffen und in die Flucht getrieben. Um 21.30 Uhr war die Ordnung auf dem Potsdamer Platz soweit wiederhergestellt, daß die eingesetzten alliierten Militär-

Frankreich leitet die Bildung eines europäischen Parlaments ein

Paris, 20. Aug. (Dena) Der französische Ministerrat beschloß am Mittwoch laut Reuter unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Vincent Auriol, den Plan für ein europäisches Parlament aktiv zu unterstützen. Ein entsprechender Entwurf war der französischen Regierung durch den Koordinierungsausschuß der Haager Konferenz der Europabewegungen zugestellt worden. In dem Entwurf des Internationalen Koordinierungsausschusses wird eine vorbereitende Konferenz vorgeschlagen, die sich aus je 25 Delegierten aus Frankreich und Großbritannien, je elf aus Belgien und Holland und drei aus Luxemburg zusammensetzen soll. Die schnellstmögliche Bildung einer beratenden europäischen Versammlung ist beabsichtigt, vorausgesetzt, daß die Nationen bereit sind, einen Teil ihrer Souveränität an eine europäische Behörde abzutreten. Diese Versammlung würde folgende Funktionen haben: 1. Den Wunsch der europäischen Völker für Einheit und Frieden zum Ausdruck zu bringen. 2. Praktische Maßnahmen für eine fortschreitende politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuarbeiten. 3. Die Probleme, die mit der Schaffung eines europäischen Union zusammenhängen, eingehend zu prüfen. 4. Eine Charta der Menschenrechte zu billigen und Vorschläge für die Errichtung eines obersten europäischen Gerichts zu machen. Der Entwurf des Koordinierungsausschusses ist unter anderem unterzeichnet von Winston Churchill und dem früheren belgischen Ministerpräsidenten Paul van Zeeland. Die holländische Regierung wurde, so meldet AFP ergänzend, von Frankreich eingeladen, an Besprechungen über die Bildung eines europäischen Parlaments teilzunehmen.

Kriegsgefangene in Berlin eingetroffen

Berlin, 20. Aug. (AP) Unter britischer Bewachung ist am Donnerstag ein Zug mit deutschen Kriegsgefangenen aus der britisch besetzten Zone in der westlichen Front eingetroffen. Der Zug hat eine Eisenbahnverbindung südlich der blockierten Strecke Helmstedt-Berlin benutzt. Britischer Dönsenjäger Berlin, 20. Aug. (AP) Die britischen Dienststellen wurden am Donnerstag von russischer Seite offiziell davon verständigt, daß ihnen in Kürze mitgeteilt werden würde, auf welchem Wege sie in die russische Besatzungszone kommen und den Anfang dieser Woche hier notgedrungen Vampire-Dönsenjäger abtransportieren könnten. Internationale Hilfe für Berlin Berlin, 20. Aug. (Dena) Die Frage einer praktischen Hilfeleistung für das blockierte Berlin ist in letzter Zeit mehrfach von Regierungen der westlichen Besatzungsmächte nahehesten, erörtert worden. Endgültige Beschlüsse hierüber sind jedoch, wie die hier akkreditierten Militärmissionen am Donnerstag mitteilen, von ihren Regierungen noch nicht gefaßt worden, da erst nach Fertigstellung weiterer Landemöglichkeiten in Berlin eine Erweiterung des Luftversorgungsprogramms möglich sein wird. Ein zuständiger Beamter der australischen Militärmission erklärte, die australische Regierung sei bereit, sofort zehn Transportflugzeuge der australischen Luftstreitkräfte nach Deutschland zu verleihen. Sie habe diese Maschinen auf eine Anfrage der britischen Regierung hin bereits angeboten. Der Chef der südafrikanischen Militärmission, Generalmajor W. A. Armstrong, sagte, seine Regierung habe ebenfalls den Wunsch, falls es notwendig sei, durch Stellung von Transportmaschinen zu helfen. Ein zuständiger Beamter der britischen Kontrollkommission wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die vorhandenen Flugzeuge zur Aufrechterhaltung und Erweiterung des Luftversorgungsprogramms gegenwärtig ausreichen. Sollten die vorgesehenen neuen Flugzeuge jedoch eine weitere Steigerung ermöglichen, die von den vorhandenen Maschinen nicht bewältigt werden kann, so wird man dankbar auf die Angebote der befreundeten Regierungen zurückgreifen.

Kurz beleuchtet

Der Entschluß der französischen Regierung, ein europäisches Parlament aktiv zu unterstützen, ist in diesem Moment der Umordnung Europas von besonderer Wichtigkeit, macht Frankreich doch damit den ersten Schritt und übernimmt die Führung bei der Bildung einer europäischen Einheit, um Europas wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit gegenüber dem Superstaat Rußland zu wahren. Durch diese Entscheidung erklärt Frankreich sich aber auch bereit, alle Konsequenzen hinsichtlich Deutschlands zu ziehen, ohne das das Bestehen einer westeuropäischen Föderation in Frage gestellt wäre. Die Verhältnisse in Europa drängen nach einer Entscheidung und um dem Wunsch nach Frieden stärksten Nachdruck zu verleihen, ist der Zusammenschluß aller friedliebenden Völker vorzuziehen. Diese Konsequenzen können durch Terror noch durch Gewalt verhindert oder überwunden werden. W. Sie.

Flurbereinigung - beste Art der Bodenreform

Frankfurt a. M., 20. Aug. (sch-Eigenbericht) Dr. Schlange-Schöningen gab am Donnerstagmittag der Presse einen ersten Bericht über die Ergebnisse seiner amerikanischen Reise. Als Fazit dieser Reise habe sich bei ihm die Überzeugung verstärkt, daß die deutsche Landwirtschaft zu einer vollkommenen und durchdrachten Mechanisierung kommen müsse, wenn sie die aus Überproduktion resultierende kommende Weltkonkurrenz aufhalten wolle. Wir müssen in Deutschland daran gehen, die Agrarwissenschaft neu zu ergründen und eventuell mit Hilfe ausländischer Kapitalisten sie technisch schnelleren auf die Höhe zu bringen. Die deutsche Landwirtschaft müsse also vom Pferd loskommen und sich dem Trecker, vor allem dem Kleintrecker, zuwenden. Es bestehe heute in der westdeutschen Landwirtschaft ein Bedarf von 30 000 Traktoren. Der augenblickliche Bestand von 60 000 Traktoren beziehe sich in der Hauptsache auf unbrauchbare Fahrzeuge. Auch die Bodenreform müsse unverzüglich in Angriff genommen werden. Als eine beste Form erscheine ihm eine gründliche Flurbereinigung, für die sein Amt jetzt eine Gesetzvorlage fertiggestellt habe, die schon demnächst im Plenum zur Beratung vorgelegt werde.

„Das ist mir doch zu dumm“

Berlin, 20. Aug. (Dena) Sowjetische Journalisten behaupteten am Dienstag im sowjetischen Klubhaus auf einer Pressekonferenz über ihre Besichtigung des Ludwigsbader Explosions-Schauplatzes. Sie vertrauen die Meinung, daß der Explosionsherd im Bau 14 zu suchen ist, in dem nach ihren Beobachtungen Bestandteile der Treibstoffe für V-2-Geschosse hergestellt worden seien. Als der Moskauer Korrespondent der „Neuen Zeit“, Galkin, sagte, eine sofort nach der Explosion aufgenommene Photographie lasse klar erkennen, daß die bei der Explosion entstandene Rauchsäule nicht „weißlich-gelb“ gewesen sei, kam es zu einer erregten Debatte mit dem Korrespondenten der französischen Nachrichtenagentur AFP, Alfred Ravoux, der fragte, ob es sich bei der erwähnten Photographie um eine Farbaufnahme gehandelt habe. Der sowjetische Journalist erwiderte, daß die Farbtöne auch auf einer Schwarz-Weiß-Photographie erkennbar seien. Ravoux erklärte hierauf: „Das ist mir doch zu dumm, ich glaube, die Herren bleiben besser unter sich“ und verließ den Raum.

Formulierung der Grundrechte

Herrenchiemsee, 20. Aug. (Dena) Die Kommission für Organisationsfragen des Verfassungskonvents schlug am Mittwoch in einer abschließenden Empfehlung vor, daß eine zukünftige Bundesregierung nicht durch eine negative Mehrheit gestürzt werden kann, wenn nicht gleichzeitig durch einen konstruktiven Vorschlag eine neue Lösung gegeben ist. Nach der Empfehlung, die als „sehr wesentlich“ bezeichnet wurde, soll der Bundestag dem Bundeskanzler sein Mißtrauen nur dadurch aussprechen können, daß er den Bundespräsidenten unter Benennung eines Nachfolgers um Entlassung des Bundeskanzlers ersucht. Der Bundespräsident hat nach der Empfehlung der Kommission die Entlassung des bisherigen und die Ernennung des neuen Bundeskanzlers zu vollziehen, wenn er nicht innerhalb von sieben Tagen durch Botschaft an den Bundestag Einspruch erhebt, oder wenn der Bundestag innerhalb von weiteren sieben Tagen sein Ersuchen unter Benennung desselben Nachfolgers wiederholt. Wenn der Bundestag sein Ersuchen nicht wiederholt, soll der bisherige Bundeskanzler im Amt bleiben. Wie dazu verläutet, hatte die bayerische Delegation die unwiderrufliche Wahl des Bundeskanzlers für vier Jahre beantragt. Eine „angemessene Nennung“ der Grundrechte in der Bundesverfassung wurde am Donnerstag von der Kommission für Grundsatfragen des Verfassungskonvents empfohlen. Diese Grundrechte sollen auf die klassischen Freiheitsrechte der Menschen zurückgehen, gleichzeitig aber auch die Verhältnisse der Gegenwart besonders berücksichtigen. Die Kommission akzeptierte im wesentlichen einen von Prof. Hans Nawiasky

5- und 10-Pfennig-Scheine

Frankfurt, 20. Aug. (Dena) Auf Grund des zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz) hat die Bank deutscher Länder nach einer Mitteilung vom Freitag neue Fünf- und Zehn-Pfennig-Scheine in Umlauf gesetzt.

Im Telegrammstil

Lake Success, Sowjetrußland und die Sowjetunion widerstehen sich am Mittwoch in der Vereinigten Nationen (AP) Mexiko - City Die mexikanische Regierung ist einem Bericht des Exklusiv von Donnerstag zufolge zurückgetreten. (Dena) Luxemburg. Auf dem zweiten Kongreß der Bewegung für eine Welt-Bundesregierung in Luxemburg vom 5. bis zum 11. September werden sieben Vertreter Westdeutschlands erscheinen. (AP) Stockholm. Der Palastinavermittler der Vereinten Nationen, Graf Bernadotte, forderte den Sicherheitsrat auf, „sofortige Schritte“ zur Beendigung der arabischen jüdischen Feindseligkeiten in Jerusalem zu unternehmen. (AP) Nanking. Marschall Tschang-Kai-Scheck hat am Donnerstag laut AFP eine Reihe von Notverordnungen erlassen, darunter Maßnahmen zur Währungsreform auf Goldbasis sowie weitere Wirtschafts- und Finanzreformen. (Dena) München. Rudolf Heß, der ehemalige Stellvertreter des Führers wurde von einer Münchener Spruchkammer am Freitag in die Gruppe der Haupttäuschler eingereiht und formell auf Dauer von 10 Jahren in ein Arbeitslager eingewiesen. Sein Vermögen verfiel bis auf einen Restbetrag von tausend Mark dem Wiedergutmachungsgesetz. (Dena) Heidelberg. Der Wirtschaftsrat nahm in seiner Vollversammlung am Donnerstag das Gesetz gegen Preistreiberei mit 38 Stimmen bei 5 Stimmenthalten an. — Der Postverkehr zwischen Deutschland und Österreich wird, wie die Hauptverwaltung für Post- und Fernmeldewesen am Donnerstag

Gutschrift der Kopfgoten

Die Karlsruher Geldinstitute werden sich bemühen, die ihnen durch die Achte Durchführungsvorordnung zur Währungsreform übertragene Gutschrift der restlichen Kopfgoten so rasch als möglich durchzuführen. Immerhin wird bei der großen Zahl der Abwicklungskonten eine längere Zeit vergehen, bis diese umfangreiche Arbeit bewältigt ist. Die Kontoinhaber werden daher gebeten, Verfügungen über die Kopfgoten nach Möglichkeit nicht vor dem 11. September 1948 zu treffen und Vorsprachen zu unterlassen.

Herrenchiemsee, 20. Aug. (Dena) Die Kommission für Organisationsfragen des Verfassungskonvents schlug am Mittwoch in einer abschließenden Empfehlung vor, daß eine zukünftige Bundesregierung nicht durch eine negative Mehrheit gestürzt werden kann, wenn nicht gleichzeitig durch einen konstruktiven Vorschlag eine neue Lösung gegeben ist.

Nach der Empfehlung, die als „sehr wesentlich“ bezeichnet wurde, soll der Bundestag dem Bundeskanzler sein Mißtrauen nur dadurch aussprechen können, daß er den Bundespräsidenten unter Benennung eines Nachfolgers um Entlassung des Bundeskanzlers ersucht. Der Bundespräsident hat nach der Empfehlung der Kommission die Entlassung des bisherigen und die Ernennung des neuen Bundeskanzlers zu vollziehen, wenn er nicht innerhalb von sieben Tagen durch Botschaft an den Bundestag Einspruch erhebt, oder wenn der Bundestag innerhalb von weiteren sieben Tagen sein Ersuchen unter Benennung desselben Nachfolgers wiederholt. Wenn der Bundestag sein Ersuchen nicht wiederholt, soll der bisherige Bundeskanzler im Amt bleiben.

Wie dazu verläutet, hatte die bayerische Delegation die unwiderrufliche Wahl des Bundeskanzlers für vier Jahre beantragt.

Eine „angemessene Nennung“ der Grundrechte in der Bundesverfassung wurde am Donnerstag von der Kommission für Grundsatfragen des Verfassungskonvents empfohlen. Diese Grundrechte sollen auf die klassischen Freiheitsrechte der Menschen zurückgehen, gleichzeitig aber auch die Verhältnisse der Gegenwart besonders berücksichtigen. Die Kommission akzeptierte im wesentlichen einen von Prof. Hans Nawiasky

Post- und Fernmeldewesen am Donnerstag

NEUESTE NACHRICHTEN

Vernunft und guter Wille

Was unvermeidlich war, ist eingetreten. Wir sind mitten in der großen sozialen Anpassungskrise...

Bei geschlossenen Fenstern

Wo Hunger herrscht, wird vom Essen gesprochen und wo der Frieden in Gefahr ist, richten sich Gedanken und Worte selbstständig auf den drohenden Krieg...

Fenstersturz

Die russische Lehrerin Oksana Stepanowa Kosenkina springt aus einem Fenster in New York...

Dramatische Hochzeit

Der beim Telefonamt in Lyon angestellte Paul Favier hatte eine „alleguete“ Hochzeit mit Fräulein Rolande Malloche...

Italien - Tempo, Aufbau und Wohlstand

Ein deutscher Ingenieur, mit dessen Papieren er in keiner Weise stimmt, ging am Brenner mehrmals schwarz nach Innsbruck...

Können die Sowjets Atombomben bauen?

Mit der Verlegung der 60 amerikanischen Superbomben vom Typ B 29 auf USA nach England...

Finanzreform im alten Rom

Julius Cäsar hat nicht nur die Tagesgeschäfte erfinden und den Kalender reformiert, sondern er hat in den kurzen Monaten seiner unumschränkten Herrschaft...

Reynaud's Pläne

In der französischen Wirtschaftspolitik wird sich nach Ansicht von Politikern Beobachter in nächster Zukunft ein grundlegender Wandel vollziehen...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Krabben das „rosa“ Gold von El Carmen

El Carmen, Mexiko. (ONA) - Dieser kleine mexikanische Hafen erlebt gegenwärtig den vielleicht seltsamsten wirtschaftlichen Aufschwung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Wie im Altertum!

Wie die Oldenburg Polizei am Donnerstag bekanntgab, konnte sie bei einer Razzia auf eine religiöse Versammlung...

Vertical text on the right edge of the page, likely bleed-through or a separate column.

